

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

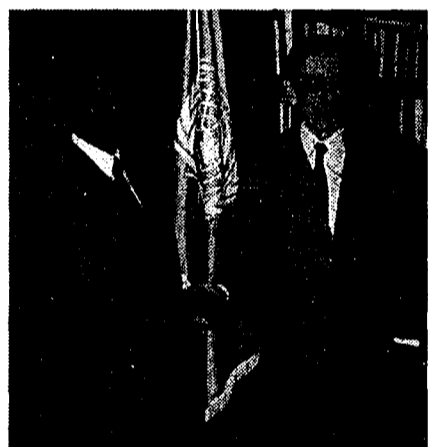
Amtliches Publikationsorgan

1.00 Fr.

AKTUELL

Kofi Annan als neuer UN-Generalsekretär bestätigt

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York hat den Ghanaer Kofi Annan am Dienstag per Akklamation erwartungsgemäss als neuen Generalsekretär bestätigt. Der 58jährige kann somit am 1. Januar als bislang siebter Amtsinhaber die Nachfolge des Ägypters Butros Butros-Ghali antreten. Nach wochenlangem Tauziehen hatte der Weltfriedensrat ihn am Freitag einstimmig als Nachfolger von Butros-Ghali nominiert, dessen Wiederwahl die USA mit ihrem Veto verhinderten. Annan blickt auf eine 30jährige Karriere bei der Weltorganisation zurück und hat jahrelang in den USA gelebt. Er ist bisher Leiter der UN-Friedensmissionen. In seiner Abschiedsrede hatte Butros-Ghali zuvor die Finanzkrise der Vereinten Nationen als schweres Hindernis für die Reform der Organisation bezeichnet. Er warnte seinen Nachfolger davor, einzelnen Mitgliedsstaaten zu sehr entgegenzukommen.



Der neue UN-Generalsekretär Kofi Annan (links) und sein Vorgänger Butros Butros-Ghali.

Novartis kann abheben

Novartis kann 1997 als Weltmarktführer auf dem Gebiet Pharma, Agrochemie und Ernährung starten. Die US-Kartellbehörde FTC gab am Dienstag als letzte Behörde grünes Licht zur Fusion der Basler Konzerne Ciba und Sandoz. Der Stellenabbau fällt um 20 Prozent höher aus als zuerst angekündigt. Die amerikanische Federal Trade Commission (FTC) gab nach erheblicher Verzögerung und intensiven Abklärungen am Dienstag in Washington ihr Placet zur Megafusion, machte aber zugleich Auflagen für Novartis in der Genterapie, bei den Floh- und Zeckenmitteln sowie den Mais-Herbiziden. Novartis muss demnach Lizenzen in der Genterapie in den USA an den Rhone-Puolenc-Konzern abtreten sowie Aktivitäten mit einem Jahresumsatz von 390 Millionen Dollar in der Agrochemie und in der Tiergesundheit veräussern.

Gute Wirtschaftslage, aber weiterhin hohe Arbeitslosigkeit

Letztes Pressegespräch mit der Regierung in diesem Jahr – Rückblick auf geleistete Arbeit – Zurückhaltende Aussagen zur Lehrer-Affäre

(G.M.) – Die Wirtschaftslage ist gut, der Staat realisiert eine Reihe von Projekten, die Wahlvorbereitungen laufen, die Regierung hat eine Menge Gesetzesvorlagen dem Landtag zugeleitet, die inzwischen verabschiedet wurden – die fünf Regierungsmitglieder gaben sich gestern am Pressegespräch zuversichtlich für die Zukunft. Keine konkreten Angaben machte Regierungschef Mario Frick – trotz grossem Interesse der Medienvertreter – im Zusammenhang mit der Suspendierung eines Lehrers wegen des Verdachts sexueller Übergriffe auf Jugendliche. Bevor die Schulfrage nicht geklärt sei, werde sich die Regierung in Zurückhaltung üben.

In der zurückliegenden Mandatsperiode 1993 – 1997 standen in der Regierung grosse Aufgaben an, bemerkte Regierungschef Mario Frick einleitend und erwähnte die Umsetzung des Gleichberechtigungsgrundsatzes, den EWR-Beitritt und die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Gemeinden. Er erwähnte in seinem Rückblick auch die Neuorientierung der Landwirtschaft sowie die Bemühungen um Neuerungen für den Finanzplatz Liechtenstein mit dem Aufbau eines Versicherungsstandortes.

Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel informierte über den Stand der Wahlvorbereitungen aus dem Ressort Inneres, während Regierungsrätin Cornelia Gassner einen Überblick über die verschiedenen Hochbau-Projekte des Landes gab. Aussenministerin Andrea Willi berichtete über das EFTA-Ministertreffen in Genf, Regierungsrat



Die fünf Regierungsmitglieder stellten sich gestern letztmals in diesem Jahr im Rahmen eines Pressegesprächs den Fragen der Journalisten. (Bild: vito)

Michael Ritter sprach über die Perspektiven des Wirtschaftsstandortes Liechtenstein.

Die gegenwärtige Wirtschaftslage bezeichnete der Wirtschaftsminister als gut. Das Triple A-Rating, das das Fürstentum Liechtenstein im Zusammenhang mit der Bewertung der LGT Bank in Liechtenstein erhalten habe, bestätigte die Richtigkeit des wirtschaftspolitischen Weges. In einem Überblick erwähnte Regierungsrat Michael Ritter, dass es sowohl der Industrie als auch dem Gewerbe und den Finanzdienstleistungen gut gehe. Dass die Wirtschaftslage gut sei, be-

merkte Wirtschaftsminister Ritter, sei angesichts der Situation in den umliegenden Ländern keine Selbstverständlichkeit. Allerdings müsse man bei der positiven Einschätzung eine Einschränkung machen: Die Arbeitslosigkeit von derzeit 1,4 Prozent sei – gemessen an den bisherigen Arbeitslosenzahlen – hoch. Es müsse alles daran gesetzt werden, von diesem Niveau herunterzukommen.

Liechtenstein habe in der Arbeitsmarktsituation eine ähnlich Situation wie die Schweiz, nur auf einem niedrigerem Niveau. Die Senkung der Arbeitslosenquote stelle eine Herausforderung für

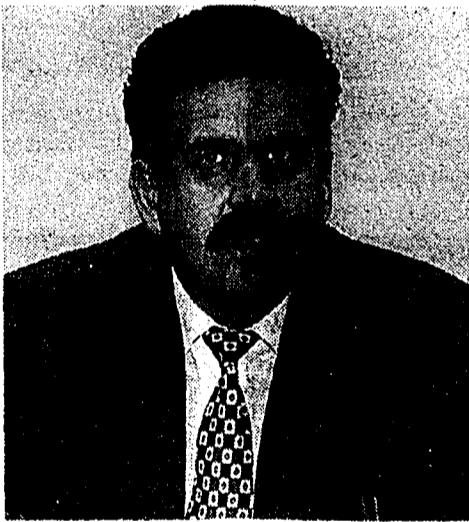
die Wirtschaftspolitik und die Beschäftigungspolitik dar. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze gestalte sich nicht einfach. Doch mit dem Projekt «Versicherungsplatz Liechtenstein» habe sich ein neues Feld ergeben. Ohne spezielle Werbemassnahmen hätten sich bereits sechs Versicherungsgesellschaften in unserem Land angesiedelt. Sobald die notwendigen Anpassungen im Steuerbereich vorgenommen seien, betonte Regierungsrat Ritter, würden gezielte PR-Massnahmen für den «Versicherungsplatz Liechtenstein» für die Ansiedlung weiterer Versicherungsgesellschaften eingesetzt.

Erstmals schriftliche Stimmabgabe bei den Wahlen 1997

Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel informierte über den Ablauf der Landtagswahlen – Drei Parteien treten zur Wahl 1997 an

(G.M.) – Eine wesentliche Neuerung weisen die Landtagswahlen 1997 auf: Erstmals kann auch – unter bestimmten Voraussetzungen – die Stimmabgabe schriftlich gemacht werden. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel informierte am Pressegespräch über den Ablauf der Wahlen.

Die organisatorischen Vorbereitungen des Ressorts Inneres für die Landtagswahl 1997 laufen nach den Worten des Innenministers bereits seit Anfang November. An der gestrigen Regierungssitzung habe die Regierung die Weisungen an die Wahlkommissionen der Gemeinden verabschiedet sowie die amtliche Kundmachung der Wahllisten beschlossen. Am kommenden Samstag, 21. Dezember, soll diese Kundmachung in den Landeszeitungen erscheinen. Regierungschef-Stellvertreter Thomas



Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel über die Wahl 1997: Erstmals besteht die Möglichkeit der brieflichen Stimmabgabe.

Büchel konnte im Zusammenhang mit der Wahlvorbereitung über Traditionelles und Neues berichten. Nicht neu ist, dass sich drei Parteien – nämlich Fortschrittliche Bürgerpartei in Liechtenstein, Vaterländische Union und Freie Liste – am politischen Wettbewerb um Parlamentsitze bewerben. Neu hingegen ist die Möglichkeit der Stimmabgabe mit Brief.

Für die briefliche Wahl besteht erstmals in der Geschichte Liechtensteins bei den Wahlen vom 31. Januar/2. Februar 1997 die Möglichkeit. Allerdings können nur jene von der Briefwahl Gebrauch machen, die ihren Wohnsitz in Liechtenstein haben und entweder krank oder vorübergehend im Ausland sind. «Wer brieflich wählen will», erklärte Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel, «muss der Gemeinde ein schriftliches Gesuch einreichen, worin die Gründe für

die Briefwahl anzugeben sind.» Nach seinen Worten kann das Gesuch bereits jetzt eingereicht werden. Von der entsprechenden Gemeinde würde dann ab Mitte Januar das Zustellkuvert für die briefliche Stimmabgabe, das Stimmkuvert sowie die Stimmkarte und die Stimmzettel verschickt oder ausgehändigt.

Anfang Januar werden in den Gemeinden während drei Tagen – am 3./4. und 7. Januar – die Stimmregister zur Einsichtnahme aufgelegt. «Jeder Stimmberechtigte hat dann die Möglichkeit», erklärte der Regierungschef-Stellvertreter, «zu überprüfen, ob er eingetragen ist.» Mitte Januar erhalten die Gemeinden die Stimmzettel sowie die Zustellkuverts für die briefliche Stimmabgabe. Das Stimmmaterial ist von den Gemeinden spätestens acht Tage vor dem Wahlsonntag den Stimmberechtigten zuzustellen.

Politische Verantwortung für Krankenkassen-Affäre

Für Regierungsrat Michael Ritter ist die Angelegenheit mit den Krankenkassen-Subventionen erledigt

(G.M.) – «Ich übernehme die politische Verantwortung für die Krankenkassen-Affäre», erklärte Regierungsrat Michael Ritter am Pressegespräch auf eine Frage von «Vaterland»-Chefredaktor Günther Fritz am Pressegespräch. In mehreren Punkten erklärte er auch, was er unter «politischer Verantwortung» verstehe. Im Landtag war dem Wirtschaftsminister der Vorwurf gemacht worden, er nehme in dieser Affäre die politische Verantwortung nicht wahr.

Als Zeichen der Übernahme der politischen Verantwortung nannte Regierungsrat Michael Ritter sein sofortiges Handeln als zuständiger Ressortinhaber. Ebenso ist für ihn die Tatsache, dass dem Staat kein materieller Schaden entstanden ist, ein diesbezüglicher Aspekt. Schliesslich sind nach seinen Worten die Bestimmun-

gen für die Revision der Krankenkassen verschärft worden, damit in Zukunft die gegen das Gesetz verstossende Ausrichtung von staatlichen Subventionen an Krankenkassen nicht mehr passieren könne – auch dies für Regierungsrat Ritter ein Zeichen der politischen Verantwortung. Kritik übt der Regierungsrat an der Darstellung der Krankenkassen-Affäre in der Öffentlichkeit. Nach seiner Meinung gilt es, die Dimensionen der Angelegenheit zu erkennen, wofür er ein Zahlenbeispiel nannte: In den vergangenen fünf Jahren habe das Land Liechtenstein an die Krankenkassen rund 100 Mio. Fr. an Subventionen ausgerichtet. Die 3,5 Mio. Fr. an zu viel bezahlten Staatsbeiträgen seien lediglich ein Anteil von 3,5 Prozent dieser Gesamtsumme.

Über dieses Zahlenspiel hinausge-

hend, erklärte Regierungsrat Ritter auf eine Zusatzfrage, dass die gesetzlichen Bestimmungen übertreten worden seien, denn die Inanspruchnahme von Staatsgeldern für Grenzgänger-Krankenversicherungen lehne das Gesetz ausdrücklich ab. Aus den Akten des Volkswirtschaftsamtes ist nach seinen Worten nicht ersichtlich, dass derartige Übertretungen schon früher registriert worden seien. Auch der Hinweis in einer ersten offiziellen Mitteilung über die Krankenkassen-Affäre, dass das Amt für Volkswirtschaft in den letzten Jahren zweimal die Krankenkassen darauf aufmerksam gemacht habe, für Grenzgänger dürften keine Subventionen in Anspruch genommen werden, lässt für Regierungsrat Ritter keine Schlussfolgerung auf Unregelmässigkeiten zu.

Papst-Botschaft

Vatikan (AP) – Papst Johannes Paul II. hat dazu aufgerufen, der Gewalt in der Welt abzuschwören und einen «echten Pilgerweg des Friedens» anzutreten. In einer Botschaft zum Weltfriedenstag erklärte das Oberhaupt der katholischen Kirche am Dienstag in Vatikanstadt aber, kein Friedensprozess werde sich je in Gang bringen lassen, solange nicht in den Menschen die Bereitschaft zu aufrichtiger Vergebung heranreife. «Ohne sie bluten die Wunden weiter und nähren in den nachfolgenden Generationen einen unaufhörlichen Groll, der Quelle von Rache und Ursache immer neuer Katastrophen ist». Der Materialismus und eine zunehmende Geringschätzung des menschlichen Lebens hätten beunruhigende Dimensionen angenommen, beklagte der Papst.

Raphael Huber
Goldschmied

Juwelen Schmuck
Exklusive Einzelanfertigungen

Altenbach 2, 9490 Vaduz
Tel. 075 233 61 21